



Vertriebenen-Vertreter Wollner (l.)*
Verein ohne Vorbilder

Der Sudetendeutsche Wollner setzt seine Verbandskarriere unbeschädigt fort, er bleibt noch 29 Jahre Vizepräsident und scheidet erst 2000 aus dem BdV-Präsidium aus, hoch geehrt unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, das ihm Richard von Weizsäcker verliehen hat.

Der Vorgang Brennecke hingegen verschwindet in der Ablage und liegt heute im Bundesarchiv in Koblenz. Dort hat ihn der Historiker Michael Schwartz gefunden, ein Experte für die Geschichte der Vertriebenen, der am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ein delikates Projekt betreut: die Erforschung der Vergangenheit des BdV, einst eine der mächtigsten Lobby-Organisationen der Bundesrepublik.

Denn der BdV galt von seiner Gründung 1958 an als Sprachrohr der mehr als acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten, die in Westdeutschland gestrandet waren. Noch heute hält Kanzlerin Angela Merkel bei dessen Jahresempfängen freundliche Reden.

Schwartz und sein Forscherteam haben sich das erste Präsidium mit seinen 13 Mitgliedern vorgenommen, zu dem auch Wollner zählte*.

Ihr Ergebnis ist vernichtend: Nur 2 der 13 Präsidien waren „dezidierte Nicht-Nationalsozialisten“, ansonsten stießen die Rechercheure, so Schwartz, durchweg auf „Träger des Regimes“: auf Funktionäre wie den Ostpreußen Alfred Gille, im Zweiten Weltkrieg Stadtkommissar im ukrainischen Saporoschje und dort Hauptverantwortlicher für die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland. Oder den schlesischen Offizier Erich Schellhaus, dessen Regiment 1941 in der Sowjetunion an mehreren Massakern an angeblichen Partisanen beteiligt war. Oder den Donauschwaben Josef Trischler, der zu einer Delegation der Ungarndeutschen zählte, die mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ mit Budapest über die Verteilung des Hab und Guts der deportierten und ermordeten ungarischen Juden verhandelte. Oder Heinz Langguth aus Danzig, der im besetzten Polen Bauernhöfe verwaltete, die zuvor katholischen oder jüdischen Polen gehört hatten.

Fast alle Präsidien waren Mitglieder oder Funktionäre der NSDAP gewesen oder hatten das Regime offen unterstützt. Nur Wenzel Jaksch, ein sudetendeutscher Sozialdemokrat, der sich 1939 nach

* Mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (M.) und dem BdV-Präsidenten Herbert Czaja auf einer Kundgebung des BdV 1985 in Bonn.

** Michael Schwartz: „Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das ‚Dritte Reich‘“. Oldenbourg Verlag, München; 594 Seiten; 69,80 Euro.

VERBÄNDE

„Träger des Regimes“

Das Institut für Zeitgeschichte hat die Vergangenheit des Bundes der Vertriebenen untersucht: An der Spitze des Verbands standen fast ausnahmslos NS-belastete Funktionäre.

Winter 1965, zwei Amtsträger des Bundes der Vertriebenen (BdV) sitzen im Auto auf dem Weg nach Lübeck: Rudolf Wollner, einer der Vizepräsidenten, und Jochen Brennecke, der Kulturreferent. Auch Brenneckes Frau ist dabei.

Die drei haben eine Verabredung mit Karl Dönitz, dem Nazi-Großadmiral, den Hitler in seinem politischen Testament zum Nachfolger als Reichspräsident ernannt hatte. Wollner und Brennecke glauben wie viele Vertriebene, es sei Dönitz' Verdienst, dass die Marine 1944/45 Hunderttausende Flüchtlinge vor der Roten Armee über die Ostsee rettete. Sie wollen Dönitz danken.

Doch schon vor der Ankunft wird die Stimmung frostig. Wollner stammt aus einer überzeugten Nazi-Familie, der Vater war SS-Sturmbannführer, er selbst hatte sich als Freiwilliger bei der Waffen-SS gemeldet. Nun erzählt er, so zumindest berichten es hinterher die Brenneckes, wie seine SS-Panzereinheit mit sowjetischen Kriegsgefangenen umgegangen sei: Man habe sie mit dem Panzer überrollt.

Kurz danach macht die Geschichte in der Geschäftsstelle des BdV in Bonn die Runde. Dort ist die Empörung groß –

nicht über Wollner, sondern über den Kulturreferenten.

Auch der aus Pommern stammende Brennecke hat einst als NSDAP-Funktionär dem „Führer“ willig gedient, aber inzwischen ist er bei den Sozialdemokraten angekommen. Offen prangert er das Versagen der NSDAP bei der Flucht im Winter 1944/45 an. Und er hat jüdische Deutsche in ein Ausstellungskonzept über ostdeutsche Nobelpreisträger einbezogen. Das nehmen ihm BdV-Kollegen übel. Als wenige Wochen nach der Lübeck-Fahrt das BdV-Präsidium unter Wollners Leitung beschließt, Brennecke wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten zu feuern, erfährt dieser wenig Unterstützung.

In der Frage des Kriegsverbrechens steht bald Aussage gegen Aussage, denn Wollner bestreitet, von Morden an Gefangenen erzählt zu haben. Brennecke erklärt schließlich schriftlich, die von ihm „in Umlauf gesetzten Tatsachenbehauptungen“ wolle er als „gegenstandslos betrachtet“ wissen. Und obwohl Arbeitskollegen seiner Frau raten, sich an die Medien zu wenden („Warum gehen Sie nicht zum SPIEGEL?“), meiden die Brenneckes den Weg in die Öffentlichkeit.

London abgesetzt hatte, und Linus Kather, der als Anwalt in Königsberg verfolgte katholische Priester verteidigt hatte, gelten im Urteil der Wissenschaftler als unbelastet.

Als Vorzeige-Vertriebene kommen allerdings auch sie kaum in Betracht. Denn Kather, Mitbegründer der Hamburger CDU, endete nach langem politischem Irrweg 1969 als Bundestagskandidat der NPD. Und von dem Widerständler Jaksch ist bekannt, dass er in den dreißiger Jahren zeitweise dafür geworben hatte, nationale Minderheiten umzusiedeln. Er glaubte, auf diese Weise ließen sich die ethnischen Probleme in Mitteleuropa friedlich lösen.

Der BdV – ein Verein ohne Vorbilder.

Doch warum erkoren ausgerechnet die Vertriebenen so häufig Repräsen-

Die Funktionäre setzten sich mit großem Engagement für ein Ende der Entnazifizierung ein.

tanten der Nazi-Herrschaft zu ihren Vertretern?

Manche Historiker argumentieren, dass die NSDAP schon vor 1933 in den Ostgebieten besonders gute Wahlergebnisse erzielte. Demnach hätten die Vertriebenen nach 1945 in ungebrochener Kontinuität abgestimmt. Schwartz hingegen verweist auf die soziale Zusammensetzung der von ihm untersuchten Gruppe: überwiegend Akademiker mit Verwaltungserfahrung, vor allem Juristen, und damit die „typischen Honoratioren“, wie sie in Vereinen und Verbänden vielfach anzutreffen waren. Ihnen trauten die einfachen Mitglieder offenbar zu, ihre Interessen durchzusetzen.

Die Studie von Schwartz legt allerdings nahe, dass einige BdV-Funktionäre ganz eigene Ziele verfolgten. Es fällt jedenfalls auf, dass sich in den frühen fünfziger Jahren Gille, Schellhaus und andere als Landtagsabgeordnete des rechten Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten mit großem Engagement für ein Ende der Entnazifizierung und eine Wiederaufnahme von NS-Belasteten in den Staatsdienst einsetzten.

Vielleicht muss auch das oft einseitige Geschichtsbild mancher Vertriebenen-Funktionäre der ersten Stunde anders erklärt werden. Bislang hieß es, das eigene Leid habe es erschwert oder gar unmöglich gemacht, für die Opfer der deutschen Verbrechen Verständnis zu zeigen. Möglicherweise ging es manchen jedoch darum, vor allem zu verhindern, dass die Arbeitsteiligkeit beim Holocaust oder beim Mord an den Slawen bekanntwürde – weil sie damit selbst ins Blickfeld zu geraten drohten.

Mit Mord- und Beihilfevorwürfen hält sich Schwartz freilich zurück. Staatsanwälte hatten gegen BdV-Spitzenleute ermittelt, zur Anklage hatte es nie gereicht. Nur der erste BdV-Präsident Hans Krüger musste 1964 zurücktreten, nachdem bekanntgeworden war, dass er an einem Sondergericht in Polen mitgewirkt hatte.

Und so trennt Wissenschaftler Schwartz zwischen – sich aus Quellen aufdrängenden – Vermutungen und eindeutig belegbaren Taten. Diese Vorsicht unterscheidet seine Studie wohlthuend von dem umstrittenen Historikergutachten über das Auswärtige Amt („Das Amt“), das vor zwei Jahren mit oft unbewiesenen Vorwürfen Aufsehen erregte; erkennbar möchte das Institut für Zeitgeschichte eine ähnliche Debatte vermeiden.

Die Ausarbeitung von Schwartz soll vielmehr eine Peinlichkeit heilen, die sich der ehemalige IfZ-Direktor Horst Möller erlaubt hatte. Der konservative Historiker hatte 2006 eine Allianz mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach geschlossen. Die Christdemokratin war damals nach einem Bericht über NS-belastete Vertriebenen-Funktionäre unter Druck geraten, die Geschichte ihres Verbandes aufarbeiten zu lassen (SPIEGEL 33/2006).

Die von Möller beauftragten Wissenschaftler bemühten sich allerdings vor allem darum, den BdV zu exkulpierten. Als diese Herangehensweise bekannt wurde, musste der IfZ-Direktor das Projekt neu vergeben – ein sehr ungewöhnlicher Vorgang für das international renommierte Institut. Der Auftrag ging an Schwartz, der nun weder den BdV noch Erika Steinbach schont.

Besonders unangenehm dürfte für die Präsidentin der Hinweis auf eine Veröffentlichung ihres Vorgängers an der Verbandsspitze, Herbert Czaja, sein. Schon vor mehr als anderthalb Jahrzehnten hatte Czaja demnach gefordert, der BdV müsse sich mit der „extrem deutschnationalen und zum Teil nationalsozialistischen Grundbeeinflussung“ aus der Gründerzeit beschäftigen. Offenkundig war Czaja seinerzeit weiter als seine Nachfolgerin.

Auf den BdV kommt jetzt die Frage zu, wie die vom Bund eingerichtete Berliner Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit den neuen Erkenntnissen umgeht. Kürzlich wurde das Konzept der künftigen Dauerausstellung verabschiedet, die sich auch der Geschichte des BdV widmen wird, der nun als Verband ehemaliger Nazis in Erinnerung zu bleiben droht.

Im geplanten Bereich 6 soll es nämlich um die „weltanschaulich-parteiliche Bandbreite der Vertriebenen-Politiker“ gehen. Diese war jedoch, das ist nun gewiss, vor 1945 sehr schmal.

KLAUS WIEGREFE